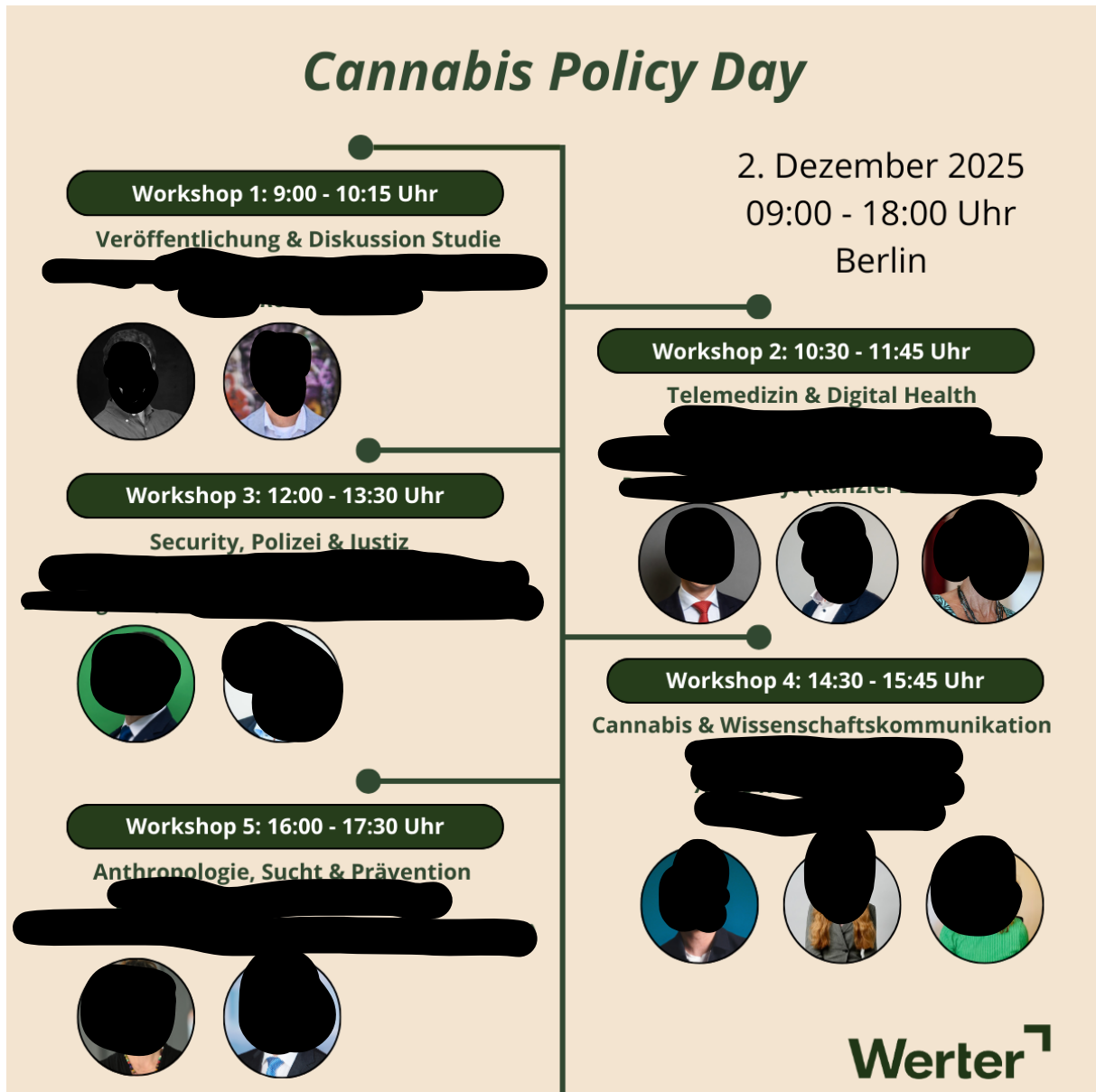


### Cannabis Policy Day – Politische Bewegung in einer polarisierten Debatte

Die Debatte um die Cannabis-Gesetzgebung ist polarisiert – zwischen jenen, die die Legalisierung am liebsten zurückdrehen würden, und jenen, für die Medizinalcannabis trotz Missbrauch und Risiken weiterhin ein „Allheilmittel“ ist. Zwischen den verhärteten Fronten ist kaum mehr Spielraum für eine pragmatische Regulierung von Cannabis. Genau eine solche Debatte zwischen Industrie, Telemedizin, Recht, Sicherheitsbehörden und Ethik zu öffnen, war das Ziel des ersten „Cannabis Policy Day“. Im Folgenden finden sich daher die zentralen Erkenntnisse und Thesen dieses Workshoptags.



## Impulse zu einer pragmatischen Cannabis-Regulierung

### #1 – Veröffentlichung & Diskussion einer Studie zu den Auswirkungen des MedCanG-Änderungsentwurfs auf die gesetzlichen Krankenkassen

#### ***Daten sammeln & evidenzbasierte Politik ermöglichen***

- Ohne eine sichere Datenlage kann die Cannabis-Gesetzgebung weder hinsichtlich Bedenken der inneren Sicherheit (z. B. Marktanteil des Schwarzmarkts) noch hinsichtlich Kosten und Ersparnissen sowie des Nutzungsverhaltens unterschiedlicher Zielgruppen evaluiert werden. Dazu gehört zwingend auch eine Trennung zwischen medizinischen Patienten und Konsumenten, um den Schwarzmarkt einzudämmen und das medizinische Versorgungssystem zu entlasten.
- Angesichts dieser mangelnden Datenlage gehen Berechnungen des [Institute for Policy Evaluation](#) bei einem Wegfall des telemedizinischen Zugangs zu Medizinalcannabis von Mehrbelastungen des Gesundheitssystems von bis zu 3 Mrd. Euro durch 820.000 bisherige Selbstzahler aus.
- Diese Zahl ist angesichts der fehlenden Datenlage um Cannabis zwar diskussionswürdig, zeigt aber, dass es keine Klarheit über die neuen, möglicherweise illegalen Versorgungswege, der bisherigen Cannabispatienten gibt. Gegenwärtig verfügt die Cannabis-Regulierung noch über zu viele blinde Flecken. Regulierte Kanäle würden es ermöglichen, über Tracking-Systeme verlässliche Daten zur evidenzbasierten Steuerung der Cannabispolitik zu sammeln.
- Verlässliche Daten würden dabei auch bei einer strikteren Trennung zwischen medizinischen Patienten und Konsumenten helfen.

#### ***Expertenkommentar***



Institute for  
Policy Evaluation

*„Die diskutierten Szenarien zeigen eindrücklich, dass wir ohne valide Datengrundlage enorme gesellschaftliche und ökonomische Risiken eingehen. Aktuell fehlen noch grundlegende Marktcharakterisierungen, um die Wechselwirkungen zwischen Regulatorik, Preisen und dem Schwarzmarkt zu verstehen. Wir müssen die Debatte daher zwingend von ideologischen Argumenten hin zu einer rationalen, evidenzbasierten Analyse verschieben. Nur durch belastbare Studien und kontinuierliches Daten-Monitoring können wir fundierte Entscheidungen treffen und die Gesetzgebung erfolgreich gestalten.“*

*„Germany is regulating its cannabis market without sufficient data, forcing decisions based on assumptions. A modern Track & Trace system can provide transparency and real-time insights into the legal supply chain, supporting better planning and reducing uncertainty. Experiences from more mature markets like Colorado and Michigan show such systems stabilize markets and enable evidence-driven policy by closing data gaps and improving enforcement.“*



## # 2 – Telemedizin & Digital Health

### **Digitale Zugänge sichern**

- Telemedizin spielt eine entscheidende Rolle, insbesondere für Menschen in ländlichen Regionen sowie für Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Ein pauschales Verbot telemedizinischer Angebote für medizinisches Cannabis wäre daher nicht zielführend, würde damit doch der Schwarzmarkt Zulauf erhalten und auch erste Digitalisierungserfolge Gesundheitswesens unterlaufen werden.
- Allerdings haben sich in der Praxis auch problematische Entwicklungen gezeigt, in denen unseriöse Anbieter als reine E-Commerce-Modelle auftreten, die lediglich den Anschein medizinischer Versorgung erwecken und das Wohl der Patienten nicht in den Mittelpunkt stellen. Dies hängt auch mit fehlenden legalen Zugängen zu Konsumcannabis zusammen, durch die Medizinalcannabis zweckentfremdet wird.
- Der digitale Zugang muss daher gesichert und gleichzeitig reguliert werden. Dazu gehören einheitliche Qualitätsstandards für Cannabis-Blüten, eine Registrierung von Online-Ärzten mit entsprechenden Auflagen und Sanktionierungsmöglichkeiten bei Verstößen. Daneben braucht es Offenheit für neue Ansätze, beispielsweise von telemedizinischer Beratung direkt in Apotheken.
- Grundsätzlich muss allerdings auch über ein OTC-Modell für niedrig dosiertes Cannabis debattiert werden. Über die Abgabe von Cannabis über den Kanal der Apotheken ließe sich so der Missbrauch von Medizinalcannabis durch Konsumenten abschwächen. Gleichzeitig würde der Zugang zu Medizinalcannabis für Patienten dauerhaft gesichert werden.
- Ein solches Modell hätte auch wirtschaftliche Vorteile in Form steigender Steuereinnahmen.

### Expertenkommentar



*„Telemedizin ist heute ein zentraler Baustein der medizinischen Versorgung. Sie schafft Zugang für Menschen, die sonst keinen erreichen würden, und ermöglicht eine kontinuierliche, qualifizierte Betreuung. Um diese Versorgung zu sichern, braucht es ein einfaches, verbindliches Kontrollsystem wie ein zentrales Register geprüfter Telemediziner. Genauso wichtig ist eine klare Trennung zwischen medizinischen Patientinnen und Patienten und Konsumenten. Ein staatlich reguliertes OTC-Modell für niedrig dosiertes Cannabis würde den medizinischen Bereich entlasten, Kapazitäten freisetzen und den*

*Schwarzmarkt schwächen. Darüber hinaus sind klare Qualitätsstandards, transparente Daten und nachvollziehbare Richtlinien notwendig, um medizinische Versorgung sicher, wirksam und verantwortungsvoll zu gestalten.“*

## #3 – Security, Polizei & Justiz

***Sicherheitsbehörden stärken***

- Die aktuelle Gesetzgebung erschwert den Vollzug für die Polizei. Durch Privatisierung des Zugangs zu Cannabis über das KCanG (Eigenanbau oder kaum praktikable Anbauvereinigungen) besteht die reale Gefahr, dass Konsumenten und Patienten wieder auf den Schwarzmarkt ausweichen.
- Eigenanbau oder Anbauvereinigungen stehen in direkter Konkurrenz zur organisierten Kriminalität, die ihrerseits zunehmend brutaler vorgeht.
- Daher müssen bundesweit einheitliche Leitlinien eine Trennung und Nachverfolgbarkeit zwischen legalem und illegalem Cannabis ermöglichen. Dazu braucht es auch technologische Unterstützung in Form einer Tracking-Technologie, mit der die tägliche Arbeit der Sicherheitsbehörden erleichtert werden kann.
- Um den Schwarzmarkt effektiv zu bekämpfen, braucht es außerdem unbedingt eine Anpassung der Freibesitzmengen bei gleichzeitigem Aufbau eines staatlich regulierten und überwachten Kanals für Konsumcannabis.
- Dieser Kanal würde sich beispielsweise in den Apotheken finden, in denen Cannabis als OTC-Produkt niedrig dosiert und ohne Rezept angeboten werden könnte. Eine solche Möglichkeit ließe sich auch im Hinblick auf eine breitere Reform der Drogenpolitik diskutieren, die sich am portugiesischen Modell (Dekriminalisierung von Konsumenten und Verfolgung organisierter Kriminalität) orientiert.

**Glaubwürdig argumentieren**

- Der politische Diskurs um Cannabis ist geprägt von Vorurteilen, Polemiken und Mythen. Dies betrifft nicht nur die Gegner einer Ausweitung der Legalisierung, sondern auch Versprechungen von Cannabis als Wundermittel gegen alle möglichen schweren Erkrankungen ohne tatsächliche Evidenz.
- Gerade die Verfechter der Cannabis-Legalisierung brauchen dazu eine glaubwürdige Kommunikationsstrategie. Glaubwürdigkeit in der Debatte um Cannabis-Regulierung entsteht durch eine transparente und ehrliche Kommunikation.
- Zentrale Elemente sind die klare Kontextualisierung wissenschaftlicher Daten und Forschungsergebnisse, einschließlich ihrer Limitationen und Risiken. Ebenso wichtig ist die deutliche Unterscheidung zwischen Cannabis als Medizin und Cannabis als Genussmittel, da beide unterschiedliche Zielgruppen, Nutzungsmuster und Risikobewertungen haben.
- Ein glaubwürdiger Ansatz erfordert zudem ein echtes Bekenntnis zur Prävention: Staatliche Angebote sollten durch gezielte Kampagnen der Industrie unterstützt werden. Nur so lassen sich Vorurteile, Mythen und überzogene Versprechungen entkräften und eine sachliche Grundlage für den politischen Diskurs schaffen.

**Expert:innenkommentar**

*"Aus der Praxis zeigt sich ein zentrales Problem der Cannabispolitik: Wissenschaft wird zu selten als Steuerungsinstrument genutzt und zu oft als Argument missbraucht. Statt Polemik braucht Politik belastbare, verständlich aufbereitete Evidenz. Studien müssen eingeordnet werden, mit klaren Grenzen und ohne Dramatisierung oder Verharmlosung. Unsere Aufgabe ist es, genau diese Orientierung zu liefern. Mein Appell an die Politik lautet daher: mehr wissenschaftliche Klarheit im Entscheidungsprozess, weniger Debatte auf Basis von Zuspitzung und Symbolik."*



*"Pilotprojekte mit legalen Verkaufsstellen für Cannabisprodukte zum Freizeitkonsum bieten eine zentrale Chance, Politik, Gesellschaft und Forschung miteinander zu verbinden. Durch transparente Zwischenberichte machen sie Erkenntnisse nachvollziehbar und stärken eine faktenbasierte öffentliche Debatte. Zugleich liefern sie bislang fehlende Daten zu Jugendschutz, Prävention, Konsummustern und öffentlicher Sicherheit, schaffen eine klare Trennung zwischen Freizeit- und Medizinalanwendung und können damit das Versorgungssystem entlasten."*

**#5 – Anthropologie, Sucht & Prävention**

***Selbstbestimmung und Prävention stärken***

- Die Debatte um Cannabis-Regulierung ist nicht nur eine Frage von regulatorischen Feinheiten und wissenschaftlicher Evidenz, sondern auch von gesellschaftlichen Wertvorstellungen.
- Historisch gewachsene Muster wie die Gegenüberstellung „böser Droge“ versus „gute Medizin“ prägen den Diskurs bis heute und erschweren eine sachliche Auseinandersetzung.
- Die Debatte kann daher auch das Spannungsfeld zwischen dem verfassungsrechtlich verankerten Recht auf Selbstbestimmung und dem legitimen Ziel des Gesundheitsschutzes thematisieren.
- Ein Ansatz, der individuelle Freiheit anerkennt und gleichzeitig wirksame Schutzmechanismen für vulnerable Gruppen etabliert, kann helfen, ideologische Gräben zu überwinden und die „neutrale Mitte“ für eine konstruktive Debatte zu gewinnen.

***Expertenkommentar***

*„So, wie die Ethik in den letzten Jahrzehnten bei den Themen selbstbestimmte Sexualität und selbstbestimmtes Sterben dazugelernt hat, sollte sie auch beim Thema selbstbestimmter Umgang mit bewusstseinsverändernden Substanzen bereit sein dazuzulernen. Ein überzeugendes ethisches Leitbild im Blick auf einen eigenverantwortlichen Umgang mit bewusstseinsverändernden Substanzen ist das der Drogenmündigkeit.“*